

## **Griechenland: neue Finanzhilfen, Hair Cut, Marshallplan**

Erstmals seit dem Start der Euro-Union zum 1.1.1999 ist ein Land in der Pleite. Genauer gesagt, Griechenland ist trotz des vor einem Jahr ausgespannten Rettungsschirms zahlungsunfähig. Allein in diesem Jahr müssen Staatsanleihen nach Fristablauf im Umfang von über 30 Milliarden Euro an die Gläubiger zurückbezahlt werden. Bis Juli sind 12 Milliarden Euro fällig. 2012 und 2013 steht die Tilgung von Staatsanleihen im Umfang von mehr als 60 Milliarden Euro an. Aus dem laufenden Haushalte sind diese Beträge nicht zu bezahlen. Deshalb ist die griechische Regierung gezwungen, neue Kredite aufzunehmen. Der Gang zum privaten Kapitalmarkt ist jedoch nicht zu empfehlen, ja nicht möglich. Vom Bannstrahl der Zahlungsunfähigkeit getroffen verlangen neue Gläubiger exorbitant hohe Zinssätze und zusätzliche Garantien. Die über Spekulationen nach oben getriebenen Zinsen würde die aussichtslose Schuldenfalle nur noch vertiefen. Als sich dieses Dilemma Anfang letzten Jahres zeigte, haben die Euroländer, die EU und der Internationale Währungsfonds einen ersten Rettungsschirm mit einem Volumen von 110 Milliarden Euro für Griechenland aufgespannt. Im Prinzip musste ganz schnell die Anschlussfinanzierung für Staatsanleihen den Spekulanten auf den Kapitalmärkten entrissen werden. Sträflich naiv war es jedoch, zu glauben, bis Ende 2012 sei diese Schulden-Zinsenkrise überwunden. Dieses Ziel ist letztlich durch die an die Hilfen gekoppelte Politik der drastischen Einsparungen auch zu Lasten Einkommensschwacher sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer untergraben worden. Die Folge war der Absturz der griechischen Wirtschaft und damit sinkende Steuereinnahmen und wachsende Krisenkosten. Allein in diesem Jahr ist ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um über vier Prozent zu verzeichnen.

Nachdem über die Hälfte der Finanzen aus dem ersten Rettungsschirm bereits ausgegeben sind und weit höhere Beträge im Rahmen der Anschlussfinanzierung erforderlich werden, stellt sich die Frage, wie es weiter geht. Die Stimmen aus der Politik und der Wirtschaftswissenschaft nehmen zu, Griechenland aus dem Euro-Währungsraum zu entlassen. Die Folgen wären gerade auch für Deutschland dramatisch. Eine weitere Variante betont, wenn Griechenland die Auflagen nicht einhält, müsse es Pleite gehen. Es ist der neue Präsident der deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, der den Stopp der Griechenland-Hilfe für vertretbar hält. Überraschenderweise verzichtet Weidmann auf die Beschreibung der Folgen einer in Kauf genommenen Staatspleite. Der Vorschlag ist nicht zu Ende gedacht, zumindest nicht in dem Interview. Am Ende läuft dieser Vorschlag Gefahr, die Rückkehr Griechenlands zur Drachme und damit zu einer dauerhaften schwachen Ökonomie zu erzwingen.

Aktuell gibt es zu einer Ausweitung des Rettungsschirms keine schnell machbare Alternative. Die EU-Finanzminister haben in einer Nacht- und Nebelaktion den bis Ende 2012 befristeten ersten Rettungsschirm von 440 Mrd. auf 780 Milliarden Euro erhöht (vgl. Informationskasten 2). Damit ist ein Kreditvolumen von 500 Milliarden Euro verfügbar. Die deutsche Beteiligung hat sich von 123 auf 211 Milliarden Euro erhöht. Auch der ab 2013 startende, dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) ist mit einem Volumen von 700 Milliarden Euro durch die Euroländer beschlossen worden. Das potenzielle Haftungsrisiko der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands aus dem Gesamtfonds beläuft sich auf 190 Milliarden Euro. Allerdings nur eine freiwillige Beteiligung der Gläubiger ist vorgesehen. Der Bundesfinanzminister ist selbst mit seinem weichen „Hair Cut“ gescheitert. Die Laufzeiten der Staatsanleihen sollten auf freiwilliger Basis verlängert sowie die Zinssätze gesenkt werden. Der Beitrag der Gläubiger hätte sich auf Renditeverluste beschränkt.

Bei einem dringend erforderlichen harten Schuldenschnitt werden die Forderung der Gläubiger aus den Staatsanleihen abgewertet und damit die Zinsbelastung gesenkt. Bei beispielsweise einem Forderungsverzicht von 50 Prozent würde die Gesamtverschuldung auf 170 Milliarden Euro reduziert. Diese radikale Variante eines Forderungsverzichts wird derzeit innerhalb der EU-Gremien nicht vertreten. Da der Vorschlag der „freiwilligen Beteiligung“ an der Umschuldung kaum Chancen auf Erfolg hat und sich auf reine Symbolik reduziert, hilft nur noch harter Gläubigerschnitt. Zur Abfederung sollte vor allem für die massiv betroffenen Banken in Griechenland ein Hilfsprogramm zur Stärkung des Eigenkapitals aufgelegt werden.

Dieses Notopfer der Gläubiger ist verständlicherweise heftig umstritten. Zu den Gegnern zählt die Europäische Zentralbank. Schließlich verfügt sie nach abenteuerlichen Operationen über 140 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen. Dass über die Umschuldung innerhalb der kritischen Wirtschaftswissenschaft ein Glaubenskrieg ausgebrochen ist, überrascht. Da dominiert bei eingefleischten Kritikern der Finanzmärkte die Sorge, die erforderlichen Abschreibungen bei den Banken und Versicherungen könnte zu einer neuen Finanzmarktkrise führen. Da ist die Rede von der Verschärfung der Krise in Griechenland und makroökonomischen Störungen. Schließlich werden Befürworter des Schuldenschnitts dem neoklassisch-monetaristischen Paradigma zugeordnet. Dabei ist nicht bekannt, dass es Marktfanatiker gibt, die einer Teilenteignung durch einen Schuldenschnitt das Wort reden. Schließlich zeigen genauere Analysen zu den Gläubigergruppen, dass die meisten deutschen Banken und die Versicherungen den Rendite- ebenso wie die Forderungsverzichte auf die noch im Besitz befindlichen Staatsanleihen verkraften könnten.

Der Fall eines insolventen Staates in der Eurozone kommt in den Lehrbüchern nicht vor. Dennoch, die Politik muss handeln. Gebraucht wird der Mut zu einer unkonventionellen Strategie. Die Einsparpolitik als Voraussetzung für Hilfen muss durch eine Politik der Stärkung der griechischen Wirtschaft abgelöst wer-

den. Denn Griechenland wird mit dieser verordneten Schrumpfpolitik niemals zahlungsfähig. Bis 2015 sind weitere Einsparungen über 28 Milliarden Euro zusammen mit der Veräußerung öffentlicher Unternehmen aufoktroiert worden (vgl. Informationskasten 1). Erforderlich ist ein Schuldenschnitt + ein Marshallplan zur Modernisierung der griechischen Wirtschaft Die Eigenleistung Griechenlands besteht in einer grundlegenden Modernisierung des Staates. Dazu gehören ein funktionsfähiges Steuer- und vor allem Einzugssystem sowie die Bekämpfung der Korruption.

---

Informationskasten 1:

Zum Spar- und Privatisierungsprogramm Griechenlands; 78 Milliarden Euro

Mittelfristige Finanzstrategie Griechenlands 2011-2015

(vorgelegt am 15. 6. 2011 durch die Regierung in Griechenland)

1. Reduzierung der Staatsschulden um mindestens 28,3 Milliarden Euro  
(12 Prozent des Bruttoinlandprodukts)

Maßnahmen:

- \* Abbau der Zahl der öffentlichen Beschäftigten von 727 000 auf 577 000 (Entlassung von Beschäftigten mit Zeitverträgen)
- \* Gehaltskürzungen
- \* Längere Arbeitszeiten
- \* Erhöhung der Mehrwertsteuer um 10 Prozent für Restaurantangebot
- \* Solidarabgabe für Beamte und Angestellte zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit
- \* Rentenbeträge für fünf Jahre eingefroren
- \* Pensionäre ab 1.700 Euro pro Monat Sonderabgabe von acht Prozent

Regierungsoffizielle Liste zum Verkauf /Teilverkauf von gut 500 Staatsbetrieben

- Häfen, Banken, Lotterien, Gastbetriebe, Rüstungsunternehmen
  - Bis Ende 2015 Einnahmen von mindestens 50 Milliarden Euro
  - Schaffung eines von der Regierung unabhängigen „Nationalen Vermögensfonds“
  - Aufsicht durch zwei Entsandte der EU-Kommission
-

## Informationskasten 2: Die Rettungsschirme

1. Europäische Finanzstabilisierungsfazilität ( EFSF) beschränkt bis 2012
  - Volumen von 440 Mrd. auf 780 Milliarden Euro erhöht.
  - Verfügbares Kreditvolumen 500 Milliarden Euro (Rest für Übersicherung der Kredite).
  - Deutschland Beteiligung von 123 auf 211 Milliarden Euro erhöht.
  - Kredite an Griechenland nur vergeben, wenn Sparprogramm von 78 Milliarden Euro beschlossen und durchgesetzt wird (Konditionalität).
  
2. Dauerhafter Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM) ab2013
  - Volumen 700 Milliarden Euro
  - Gespeist aus 80 Milliarden Euro Kapitaleinlagen und die Übernahme von Garantien von 620 Milliarden Euro.
  - Deutschland zahlt 22 Milliarden Euro an Kapital ein und übernimmt 168 Milliarden Euro an Garantien/Bürgschaften.
  - Freiwillige Beteiligung der Gläubiger (Banken, Versicherungen, Investmentfonds) wird angestrebt.

---

Aktualisierter Text, Juni 2011